

**2378/J-BR/2006**

---

**Eingelangt am 07.02.2006**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **Anfrage**

der Bundesräte Ing. Reinhold Einwallner  
und GenossInnen  
an die Bundesministerin für Justiz  
betreffend „Parteipolitik auf dem Rücken von Hochwasseropfern?“

Das Hochwasser in Vorarlberg am 22. und 23. August 2005 brachte vor allem die BewohnerInnen des Ortsteiles Schildried der Gemeinde Göfis an den Rand ihrer Existenz. In zähen Verhandlungen mit der Vorarlberger Landesregierung wurden schlussendlich Lösungen gefunden, um die Auswirkungen ähnlicher Katastrophen in Zukunft zu minimieren.

Im Zusammenhang mit der Absiedlung der anwohnenden Bevölkerung gab es Versprechungen, dass staatliche Gebühren und Steuern, wie beispielsweise Pfandrechtseintragungsgebühren und Grunderwerbssteuern, nicht abgeführt werden müssten. Dies wäre eine zusätzliche Hilfe für die Geschädigten.

Nun scheinen sich diese Versprechungen in Luft aufzulösen. Laut den Aussagen des Vorarlberger Landesrates Dieter Egger (Vorarlberger Freiheitlichen) verweigern Sie aufgrund der Spaltung der FPÖ im Frühjahr des vergangenen Jahres die Einlösung der gemachten Versprechungen. Konkret hätten Sie, so die Aussage des Vorarlberger Landesrates, ausrichten lassen, dass man sich in Vorarlberg auf die falsche Seite geschlagen habe.

Sollte dieser Parteistreit zwischen FPÖ, Vorarlberger Freiheitlichen und BZÖ tatsächlich der Grund für Ihre Haltung sein, stellen sich die unterzeichnenden Bundesräte die Frage, welche staatspolitische Verantwortung die angeführten Parteien eigentlich haben.

Die unterzeichnenden Bundesräte richten daher an die Bundesministerin für Justiz nachstehende

**Anfrage:**

- 1.) Entspricht die Aussage des Vorarlberger Landesrates Dieter Egger tatsächlich der Wahrheit, dass Sie bzw. ein/e Mitarbeiterin des Justizministeriums aufgrund der Vorgänge rund um die Abspaltung der Vorarlberger Freiheitlichen es verweigern, den betroffenen Hochwasseropfern die angesprochene Hilfe zukommen zu lassen?
  - a.) Wenn ja, von welcher Person wurde diese Aussage getroffen?
  - b.) Wenn nein, wie erklären Sie es, dass der Vorarlberger Landesrat Dieter Egger die Unwahrheit sagt?
- 2.) Wie können Sie belegen, dass die genannten Aussagen getroffen bzw. nicht getroffen wurden?
- 3.) Welche Hilfe werden Sie konkret den Vorarlberger Hochwasseropfern zukommen lassen und um welche Summen handelt es sich dabei?